

Auf drei Monate anberaumter Bahn-Streik bedroht Macrons Eilzug

Am Dienstag bündeln sich Ausstände bei Bahn, Flugverkehr, Müllabfuhr, Energie-Versorgung und Proteste an den Unis. Beim Bahn-Streik wird eine Rekordbeteiligung erwartet, ein Großteil des Pendler-Transports in den städtischen Ballungsräumen dürfte zum Erliegen kommen. Die Eisenbahner wollen anschließend im Fünf-Tage-Takt jeweils zwei Tage streiken ó bis Ende Juni! Ein Teil der französischen Gewerkschaftsbünde möchte die Liberalisierung des Transport- und Energiewesens in der EU rückgängig machen.

AUS PARIS
DANNY LEDER

In einem Punkt sind sich Unterstützer der Gewerkschaften und Fürsprecher der französischen Regierung einig: der am Montag-Abend begonnene und theoretisch für drei (!) Monate anberaumte Bahnstreik entscheidet über die Zukunft von Präsident Emmanuel Macron ó oder, wie es Christophe Barbier, Chefredakteur des Magazins *šLøExpressø*, formulierte: šDer Reform-Zug von Macron könnte in der Station Bahnstreik zum Erliegen kommen.õ

Tatsächlich unterzieht Macron seit seinem Amtsantritt Frankreich einem rasenden wirtschaftspolitischen Umbau. Die wichtigsten seiner Maßnahmen, die Reformen des Arbeitsmarkts und der Steuern, fördern Unternehmer-Initiative und begünstigen Kapitaleigner in einer Weise, die bisher auch rein bürgerliche Staatsführungen nicht gewagt hatten.

Alle Gegner von Macron, von der Linken bis zur Rechtsaußen-Opposition, die seinem ungestümen Vormarsch bisher ziemlich hilflos mitansehen mussten, hoffen nun, dass der Wendepunkt erreicht ist. Die Staatsbahn SNCF ist eine der letzten Bastionen der klassischen Gewerkschaftsverankerung. Macrons Regierung will die SNCF an die Erfordernisse des bevorstehenden Wettbewerbs mit privaten Anbietern im Bahnbetrieb anpassen. Die SNCF würde zwar in Staatsbesitz bleiben, aber in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden und noch verbliebene, kleinere Bahnlinien mit wenig Passagieren schließen.

Der Sonderstatus der Eisenbahner (früherer Pensionsabgang und Unkündbarkeit) soll fallen. Obwohl dieser Status-Abbau erst für künftig angestellte Bedienstete gelten soll, scheint die Streikbereitschaft extrem hoch: die Hälfte der Bahnbediensteten und zwei Drittel der Lokführer haben sich als Streikende deklariert. Dabei verfügen die zersplitterten französischen Gewerkschaftsbünde kaum über Streikkassen, so dass jeder Streiktag, weil unbezahlt, den Teilnehmern teuer zu stehen kommt.

Um diese Gehalts-Verluste zu umschiffen, wollen die Gewerkschaften jeweils von fünf Tagen nur an zwei streiken, aber das bis Ende Juni. Die Bahndirektion droht mit Gehaltsentzug auch für die nicht bestreikten Tage. Und sie versucht, Bedienstete aus den

Leitungsetagen mit Lokführungs-Kenntnissen als Streikbrecher einsetzen. Den Bahnkunden werden kostenlose Ersatz-Transporte über Busfilialen und Mitfahrerzentralen angeboten.

Aber all dies dürfte den voraussichtlichen Ausfall von rund 80 Prozent der Pendlerzüge kaum ausgleichen. Das Chaos rund um die städtischen Ballungszentren scheint unabwendbar.

Obendrein wird es heute, Dienstag, Streiks (zum vierten Mal seit fünf Wochen) bei der Air France geben. Die Müllabfuhr der großen Städte tritt ebenfalls in den Ausstand. Bedienstete der Energie-Industrie wollen die Stromversorgung ó auch drei Monate lang ó herunterfahren. Schließlich haben Studenten ein dutzend Unis aus Protest gegen neue Auslese-Verfahren besetzt.

So wie ein Teil der Eisenbahner-Gewerkschaften, wollen Müllabfuhr und Energieversorger ihren Status als öffentlich Bedienstete verteidigen und sogar auf die Arbeitnehmer der privaten Anbieter ausdehnen ó Endziel: die Wiederherstellung des staatlichen Monopols in diesen Sektoren. Es ist also ein frontaler Zusammenstoß zwischen Befürwortern einer weiteren Öffnung der Märkte im Rahmen der EU und jenen, die dahinter einen sozialen und gesellschaftlichen Dambruch befürchten.